

Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und das Selbstverständnis der Gewerkschaften

Dr. Dieter Wunder, geb. 1936 in Düsseldorf, ist seit 1981 Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ hat für die betroffenen Gesellschaften und ihre Außenbeziehungen schwerwiegende Folgen; er zwingt aber auch die Gewerkschaften der Bundesrepublik, ihr Selbstverständnis zu überdenken.

Eine solche Feststellung mag überraschend erscheinen, bedeutet dieser Zusammenbruch doch den Triumph der freien Gewerkschaftsbewegung und ihrer Ideen. Auffällig bleibt, daß die Gewerkschaften in den Diskussionen dieser Monate und Wochen nirgendwo zu den Wortführern gehören. Das ist durchaus erklärlich, da es sich bei der Demokratisierung der Länder des „realen Sozialismus“ um Probleme unserer Nachbarstaaten handelt: Die Gewerkschaften der Bundesrepublik hatten zu den dortigen Gewerkschaften zwar gute Beziehungen entwickelt. Auch wenn dabei Kooperationsversuche mehr galten als Auseinandersetzungen, blieben - jedenfalls zumeist - die Systemunterschiede jedem bewußt. Für Gewerkschaften dominiert, entsprechend ihrer Aufgabenstellung, die innenpolitische Ausrichtung, selbst dann, wenn internationale Solidarität, etwa mit den Opfern der Apartheid, zum selbstverständlichen Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit geworden ist.

Wenn bei den Gewerkschaften also Abwarten statt anregender und weiterführender Diskussionen überwiegt, dann hat dies tief ergehende Gründe: Das Selbstverständnis der Gewerkschaften, auch ihrer Wortführer, wird durch die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa auf eine harte Probe gestellt. Die dortigen Gewerkschaften sind zu Recht in den Strudel des Zusammenbruchs hineingerissen. Allein infolge der Identität des Namens „Gewerkschaft“ sind negative Assoziationen in der Bundesrepublik nicht zu vermeiden. Vor allem aber: Die Gewerkschaften der Bundesrepublik definieren ihre Position vielfach aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit. Die „Angebote“ der sozialen Marktwirtschaft sind zwar für die Interessenwahrnehmung gut genutzt worden, dennoch bestimmt Systemfeindschaft - Ablehnung des kapitalistischen Systems und seiner Vertreter in Wirtschaft und Staat - gewerkschaftliches Denken und Handeln weitgehend. Nicht selten lautet die Parole „Weder Kapitalismus noch realer Sozialismus“. „Soziale Marktwirtschaft“ wird in dieser Sichtweise als verschleiende Bezeichnung einer durch und durch kapitalistischen Gesellschaftsordnung verstanden. Der Wegfall des

Gegenbildes und potentiellen Vorbildes DDR hat durchaus bedenkliche Rückwirkungen. Zwar war die konkrete Gestalt dieses Staates für die Bürger der Bundesrepublik nie attraktiv, immerhin dürfte die sozialstaatliche Ausprägung der Bundesrepublik auch der Konkurrenz mit der DDR zu verdanken sein. Im übrigen deuten Verstaatlichungsforderungen wie auch die vielen Anläufe zu Konzepten gesamtwirtschaftlicher Planung an, daß den Gewerkschaften sozialistische Zielvorstellungen als Alternative zu den kapitalistischen durchaus sympathisch sind: für die meisten solche eines demokratischen Sozialismus, für eine kleine, aber wegen der Affinität in den grundsätzlichen Zielsetzungen nicht einflußlose Minderheit solche des „realen Sozialismus“.

Die Ablehnung des „realen Sozialismus“ wurde zuweilen mit verharmlosenden Erklärungen gemindert: Bestimmte historische Umstände hätten Entartungen begünstigt. Kontinuierliche Reformversuche des Kommunismus, auch aus dem Widerspruch zwischen humanen Zielen und inhumaner Praxis geboren, seien als Anzeichen für den Weg zur Realisierung sozialistischer Zielsetzungen zu interpretieren. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an den Hoffnungsträger Jugoslawien in den fünfziger und sechziger Jahren.

Das Revolutionsjahr 1989 - in Polen und Ungarn, der UdSSR, der DDR und der CSSR - deutet auf eine andere Zukunftsperspektive des „realen Sozialismus“: den Kapitalismus - sei es in seiner hemmungslosen Variante des Thatcherismus (man beachte den guten Klang dieses Wortes in Mittel- oder Osteuropa), sei es in der sozialstaatlichen deutschen Variante. Die Hoffnungen auf einen neuen Versuch zur Verwirklichung eines tatsächlich freiheitlichen demokratischen Sozialismus, wie sie jetzt etwa aus der DDR bekannt werden, muten sympathisch an. Aber der kritische Beobachter fragt nach den realen Grundlagen für eine solche Perspektive. Ihm erscheint Dubcek als ehrenwerte Figur - der Vergangenheit.

Der Haupteinwand gegen die skeptische Sicht des Sozialismus erscheint durchschlagend: Die Idee sei für die Realisierung schlechterdings nicht haftbar zu machen. Freilich - was für eine Idee! In 150 Jahren hatte sie trotz mächtiger, sie stützender sozialer Bewegungen nie die Chance einer wirklichen Realisierung. Unter den vielen kritischen Fragen an den Sozialismus sei nur eine herausgegriffen: Muß eine Planwirtschaft (auf der Basis staatlichen Eigentums) nicht aus sich heraus dazu tendieren, jegliche bürgerliche Freiheiten zu unterdrücken? (Die Einsicht, daß bürgerliche Freiheiten einen Wert darstellen, der durch die Sicherung kollektiver Grundrechte nicht relativiert werden darf, ist inzwischen unbestritten.) Verallgemeinernd: Liegt das Scheitern des Sozialismus nicht auch an der Idee? Bewegungen, die sich sozialistisch nennen, setzen sich seit 1917 mit der Diskrepanz von Idee und Realität auseinander, erkennen also den Zusammenhang an.

Sehr viel glaubhafter ist der Einwand jener Sozialdemokraten, die ihre Zielvorstellungen als „demokratischen Sozialismus“ kennzeichnen und die seit 1917 in der Auseinandersetzung mit Kommunisten viele Opfer gebracht und

durch ihr praktisches Handeln in Regierung oder Opposition den Beweis für ihre demokratische Haltung jenseits aller Zweifel geliefert haben. Wer diese Praxis allerdings kritisch prüft, wird wenig Anzeichen für alternative Ansätze zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung finden. Die sozialdemokratische Integration in die kapitalistische Gesellschaft ist mit der Betonung der sozialen Verpflichtung von Staat und Gesellschaft verbunden. Ein dritter Weg existiert nur dem Namen nach. „Sozialismus“ bleibt jener Wunschtraum aus Tradition und Kritik am Kapitalismus, der Sozialisten und Kommunisten nach wie vor gemeinsam ist und der ihnen sogar manchmal gemeinsame Begriffe erlaubt. Wie der Marxismus für Kommunisten Quelle der Infragestellung der realen Gestalt des Sozialismus ist, so ist er für Sozialdemokraten immer wieder Quelle der Kritik am kapitalistischen System. Der Wunschtraum ist offensichtlich so stark, daß ihn eine Schändung durch den „realen Sozialismus“ nicht berühren kann. Offensichtlich bedarf es der Vision eines anderen Weges, um Gewerkschafter und Sozialdemokraten oder linken Christen die emotionalen Impulse für politische Arbeit zu geben.

Dennoch: Weder Vergangenheit noch Gegenwart, weder Idee noch Praxis lassen es berechtigt erscheinen, an der bisherigen Vorstellung vom Sozialismus festzuhalten. Für die Gewerkschaften gibt es keinen Grund mehr, ihren Beschlüssen die Vorstellung einer alternativen Gesellschaftsordnung zugrunde zu legen - es gibt derzeit keine realistische Vorstellung einer wünschenswerten Alternative. Es gibt nur die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Stärken und Schwächen sowie die Kritik an ihr und gewisse Leitideen, in welcher Richtung sich eine kapitalistische Gesellschaft verändern sollte.

In der Auseinandersetzung zwischen IG Chemie und IG Metall scheint erstere durch die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa vollauf bestätigt. Verkürzt man deren Selbstverständnis allerdings auf die Partnerschaftsideologie, so stellen sich kritische Fragen: In welchem Rahmen spielt sich gewerkschaftliche Arbeit ab? Wer macht die Vorgaben? Woher nehmen die Gewerkschaften die Kriterien, nach denen sie die Bedürfnisse ihrer Mitglieder aufgreifen und in betriebs- und volkswirtschaftliche wie auch gesellschaftspolitische Konzepte umsetzen? Sind es die gesellschaftspolitisch unvermittelten Bedürfnisse? Sind es die Spielräume, die Arbeitgeber zulassen? Antworten fallen nicht leicht. Derzeit gewinnt die IG Chemie einen Teil ihrer Stärke aus dem Gegensatz zur IG Metall. Diese steht bisher exemplarisch für jene vorherrschende Ideologie antikapitalistischen Handelns, die zumindest Reden und Denken prägt. Entfällt allerdings der explizite oder implizite Gegenentwurf einer Gesellschaftsordnung, so könnte die IG Metall den Weg der IG Chemie gehen. Der Zukunftskongreß der IG Metall 1988 erscheint demgegenüber als der mutige Versuch, den Weg zu einer neuen Grundsatzdiskussion zu öffnen - weg von der alternativen Gesellschaftsordnung hin zu gesellschaftspolitischen Zielen innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft.

Vom Zwang zur Neubesinnung sind alle Gewerkschaften betroffen. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes befinden sich im Streit zwischen IG

Chemie und IG Metall seit je in einer zwiespältigen Lage. Sie vertreten die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vielfach gegen Politiker, die andere Prioritäten setzen, beispielsweise von der Wirtschaft bestimmte Positionen. In einer solchen Situation hegt der Schulterschuß mit der IG Metall nahe. Aber die Interessenwahrnehmung im öffentlichen Dienst erfordert es gleichermaßen, für optimale Dienstleistungen zu arbeiten. Die Identifikation mit dem Dienst am Bürger, die Orientierung an in öffentlicher Diskussion ermittelten Gemeinwohl bringt die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes der Partnerschaftsideologie der IG Chemie nahe.

Die erforderliche Neubesinnung wird den Gewerkschaften schwerfallen. Gehen sie allein von den unmittelbaren Bedürfnissen ihrer Mitglieder aus, so wird die Gewerkschaftsbewegung in Partikularinteressen zerfallen. Eine Ergänzung, besser eine Fundierung durch gesellschaftspolitische Leitideen bleibt unerlässlich für eine starke Gewerkschaftsbewegung. Maßgebend muß zum einen der Stand der jeweiligen gesellschaftspolitischen Diskussion sein — erinnert sei an die Ökologie-, Frauen- und die (aufkommende) Kulturdiskussion. Es gilt aber auch: „Wer keine Vergangenheit hat, der hat auch keine Zukunft“ (Oskar Negt). Die Leitideen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung sind zu überprüfen. Die Aufgabe einer alternativen Gesellschaftskonzeption heißt nicht, alle ihre bestimmenden Ideen zu verabschieden. Die Rückbesinnung darauf könnte im übrigen zu neuen Gemeinsamkeiten zwischen „Arbeiterbewegung“ und Radikaldemokraten führen. Solche Ideen, die die Trennlinie zu Konservativen und Liberalen bilden und die noch heute von zukunftsfähiger Bedeutung sind, bedürfen der Prüfung und Diskussion. Hierzu zählen:

- Die Idee der Gleichheit, die gegen jede Politik der natürlichen oder erworbenen Ungleichheit als Grundlage von Gesellschaftspolitik steht.
- Die Idee der Teilhabe aller an den Angelegenheiten der Gesellschaft, auch denen der Wirtschaft, also jener umfassende Demokratiebegriff, der sich gegen jene richtet, die Demokratie allein auf die Gestaltung politischer Herrschaft beschränken wollen.
- Die Idee, das Leben der Menschen von ökonomischen Interessen so frei wie möglich zu machen und diese den Lebensinteressen dienstbar zu machen, eine Idee, die dem Grundverständnis einer kapitalistischen Gesellschaft, auch in der herrschenden neokonservativen oder liberalen Ausformung, widerspricht.

Die Vergewisserung von Traditionen kann ohne Selbstkritik nicht auskommen; der Neuentwurf der ideologischen Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung wird die Degeneration des Sozialismus immer wieder bedenken müssen.

Verständlicherweise triumphieren derzeit Konservative und Liberale angesichts der gesellschaftspolitischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa. Auffällig ist allerdings die konzeptionelle Schwäche dieses Triumphes. Zu offensichtlich bestimmt sich konservatives Denken als Gegenposition. „Freiheit

statt Sozialismus" ist eine verräterische Parole, weil sie auf eigene gesellschaftspolitische Vorgaben verzichtet. Die Gewerkschaftsbewegung hat die Chance, ein neues Selbstverständnis zu entwickeln; frei von der lähmenden Hypothek des „realen Sozialismus“, ohne die Krücke des besseren Sozialismus. Sie muß, ausgehend von den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft, aus eigener Kraft die Vision einer Gesellschaftspolitik entwickeln, die menschenwürdiges Leben unter freiheitlichen Bedingungen sichert.